

Mangel an Risikokapital bremst das Wachstum junger, innovativer Unternehmen

Forschungsrat präsentierte Studie zur Bedeutung von Wagnis-/Risikokapital für Forschungs- und Wirtschaftsstandort Österreich

Wien, 6. Juni 2019: „Österreich liegt im Bereich der Wagnisfinanzierung im Vergleich zu den innovativsten Staaten Europas weit zurück. Dieser Umstand bremst nicht nur das innovationsgetriebene Wachstum, sondern reduziert darüber hinaus auch die Wirksamkeit der Initiativen zur Förderung von Unternehmensgründungen“, fasst Hannes Androsch, Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, die Ergebnisse einer heute präsentierten Studie zum Thema „*Wagniskapital zur Finanzierung von Innovation und Wachstum*“ zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Markus Hengstschläger weist ergänzend darauf hin, worin die Bedeutung von Wagniskapital für die Unternehmen liegt:

„Wagnisfinanzierte Unternehmen verfügen laut Studie über ein um rund drei Viertel höheres Eigenkapital als vergleichbare Unternehmen, die kein Beteiligungskapital von außen erhalten konnten.“

Studienautor Christian Keuschnigg vom Wirtschaftspolitischen Zentrum (WPZ) der Universität St. Gallen (Schweiz) erläutert die damit verbundenen Konsequenzen für den Innovationsstandort Österreich: „Unsere Untersuchung zeigt, dass Wagnisfinanzierung die Unternehmen auf Wachstum trimmt und zudem überdurchschnittlich oft in forschungsintensiven Branchen zu finden ist. Im Umkehrschluss bedeutet das Fehlen von Wagniskapital, dass viele innovative Unternehmen an ihrer Weiterentwicklung gehindert werden.“

Hermann Hauser, Mitglied im Forschungsrat und selbst erfolgreicher Start-up-Investor, sieht in Österreich die Notwendigkeit eines umfassenden Maßnahmenprogramms, das sowohl an der Angebots- als auch an der Nachfrageseite ansetzt: „Die aus der Analyse abgeleiteten zehn Handlungsoptionen reichen von der Beseitigung steuerlicher und rechtlicher Barrieren bis hin zu verschiedenen Initiativen zur Überwindung von Kapitalmarktengpässen. Auch steuerliche Anreize, wie sie etwa in Großbritannien sehr erfolgreich gesetzt wurden, sollten gemacht werden. Zudem müsste eine geeignete Fondsstruktur inklusive Informations- und Beratungsangebote ausgearbeitet und zügig umgesetzt werden, um den Weg zu besserer Risikokapitalfinanzierung freizumachen.“

Weiters wird in der Studie unter anderem noch die Überprüfung des Insolvenzrechts gefordert, um eine Balance zwischen Gläubigerschutz und der Gewährung einer zweiten Chance mit einem Neustart sicherzustellen, sowie eine zeitlich begrenzte Subvention privater Beteiligungsgesellschaften zur Überwindung der fehlenden bzw. unzureichenden privaten Beteiligungsfinanzierung.

Die Studie steht auf der Homepage des Forschungsrates zum Download zur Verfügung:

<https://www.rat-fte.at/publikationen.html>

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik – Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

Tel.Nr.: 01 / 7131414

E-Mail: l.garzik@rat-fte.at